

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XVII
I. Allgemeiner Teil: Wie kommt es überhaupt zum Finanzstrafverfahren?	1
A. Einführung	1
B. Parteienvertreter im Vorfeld des Finanzdeliktes	2
1. Grenzen der Steuerberatung	2
2. Steuerberatung mit Risikominimierung als Handlungsimperativ für den Berater	10
3. Vertragspflichten der Rechtsberatung	11
4. Lösungsansätze zur Grenzziehung zwischen freier Berufsausübung und strafbarer Beihilfe	13
5. Täterschaftsformen des Beraters	14
6. Typische Gefahrenquellen	19
7. Verbandsverantwortlichkeit bei Beratungsgesellschaften	28
8. Ausländische Beratung im österreichischen Finanzstrafverfahren	29
C. Parteienvertretung und drohendes Finanzstrafverfahren	30
1. Erkennen eigener Fehler	30
2. Fehler des Mandanten	32
3. Begünstigungstatbestände	32
4. Aufklärungspflicht und Rat zur rechtzeitigen Selbstanzeige ...	34
D. Straftaten im (un)mittelbaren Zusammenhang mit Finanzvergehen	36
E. Problematik: Abgabenverfahren/Finanzstrafverfahren	37
1. Mitwirkungspflichten (Grenzen im Abgabenverfahren)	37
2. Dualität zwischen § 99 FinStrG und § 147 BAO	40
II. Abgrenzung zwischen gerichtlichem und verwaltungsbehördlichem Finanzstrafverfahren	42
A. Einleitung	42
B. Das gerichtliche Finanzstrafverfahren	42

1. Grundlegendes	42
2. Primäre Abgrenzung – Wertzuständigkeit	42
3. Zuständigkeit bei Zusammenrechnung der straf- bestimmenden Wertbeträge	43
4. Subjektive Konnexität	44
5. Objektive Konnexität	45
6. Die Regelung des § 53 Abs 5 FinStrG	46
7. Instanzenzug	47
C. Das verwaltungsbehördliche Finanzstrafverfahren	48
1. Örtliche und sachliche Zuständigkeit	48
2. Vorgehen bei Unzuständigkeit der Finanzstrafbehörde/ des Gerichts	52
3. Funktionale Zuständigkeit und Instanzenzug	52
D. Grafische Darstellung	54
III. Der Gang des Verfahrens	56
A. Der Gang des Ermittlungsverfahrens im gerichtlichen Finanzstrafverfahren	56
1. Grundsätzliches	56
2. Verfahrensgrundsätze	56
3. Die Struktur des Ermittlungsverfahrens	57
4. Die Rollenverteilung in der StPO	63
B. Der Gang des Ermittlungsverfahrens im verwaltungs- behördlichen Finanzstrafverfahren	84
1. Einleitung	84
2. Beschuldigter/Verdächtiger	84
3. Nebenbeteiligte	85
4. Ablauf des Ermittlungsverfahrens	86
IV. „Verschwiegenheitspflicht“ der Parteienvertreter	95
A. Rechtsanwälte	95
1. Umfang der Verschwiegenheitspflicht	95
2. Durchbrechung der Verschwiegenheitspflicht	97
3. Umgehungsverbot des § 9 Abs 3 RAO	98
4. Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht	98
5. Folgen der Verletzung der Verschwiegenheitspflicht	99
B. Wirtschaftstreuhänder	100
1. Umfang der Verschwiegenheitspflicht	100
2. Entbindung und gesetzliche Ausnahmen von der Verschwiegenheitspflicht	101
C. Notare	101
1. Umfang der Verschwiegenheitspflicht	101

2. Der Gesetzesvorbehalt des § 37 NO	103
3. Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht	103
D. Entschlagungsrecht/Aussageverweigerungsrecht	103
1. Verweis auf verfahrensrechtliche Vorschriften	103
2. Aussageverweigerung nach § 157 Abs 1 Z 2 StPO	103
3. Umgehungsverbot des § 157 Abs 2 StPO ³⁴⁹	107
4. Dringender Tatverdacht gegen Mitarbeiter oder Geschäftsführer der Betroffenen und Umgehungsverbot	108
5. Information und Nichtigkeit	109
E. Entschlagungsrechte/Aussageverweigerung im FinStrG	109
1. Allgemeines	109
2. Aussageverweigerungsrecht nach § 104 Abs 1 lit d FinStrG	110
3. Aussageverweigerungsrecht nach § 104 Abs 2 FinStrG	110
4. Umgehungsverbot	110
V. Ermittlungsmaßnahmen	112
A. Gerichtliches Finanzstrafverfahren	112
1. Einleitende Bemerkungen	112
2. Die Sicherstellung	116
3. Die Beschlagnahme	133
4. Die Durchsuchung von Orten und Gegenständen	137
5. Rechtsmittel	150
B. Verwaltungsbehördliches Finanzstrafverfahren	160
1. Einleitende Bemerkungen	160
2. Die Beschlagnahme	160
3. Die Hausdurchsuchung	165
4. Hausdurchsuchung und Beschlagnahme bei verschwiegen- heitspflichtigen Parteienvertretern im FinStrG	168
5. Beiziehung eines Kammervertreters	172
6. Exkurs: Beweisverwertungsverbote	173
7. Rechtsmittel im verwaltungsbehördlichen Verfahren	176
VI. Ausblick	183
Stichwortverzeichnis	187